Bericht des ehemaligen Eisenbahnministers v. Thielen hat sich das Gesammtpersonal von 329 068 auf 338 129 Personen erhöht, obwohl die Zahl des Zugbegleitungspersonals, der Güterbodenarbeiter, des Bureaupersonals und der Telegraphisten eine geringe Verminderung erfahren hat. Dies letztere Moment erklärt vielleicht die gerade bei den Güterbodenarbeitern und dem Locomotivpersonal nachgewiesenen verkürzten Ruhepausen und Dienstbefreiungen. Aber der neue Eisenbahnminister wird sich nicht der Pflicht entziehen können, auf diesen Umstand ein aufmerksames Auge zu richten.

* **Berlin**, 17. Juli. (Schulen mit der Berechtigung, das Einjährig-Freiwilligen-Zeugniß zu ertheilen.) Das Verzeichniß der Lehranstalten, welche gemäß § 90 der Wehr-Ordnung zur Ausstellung von Zeugnissen über die Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst berechtigt sind, ist erschienen. Nach dem Verzeichniß sind die Lehranstalten in drei verschiedene Kategorien gegliedert, und zwar 1) solche, bei denen der einjährige, erfolgreiche Besuch der zweiten Classe zur Darlegung der Befähigung genügt; dazu gehören die Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen; 2) solche, bei denen der einjährige, erfolgreiche Besuch der ersten (obersten) Classe zur Darlegung der Befähigung nöthig ist; dazu gehört eine Anzahl Progymnasien, Real-Progymnasien und Realschulen; 3) solche, bei denen das Bestehen der Reife- (Schluß-) Prüfung zur Darlegung der Befähigung gefordert wird. Auch dazu gehört eine Anzahl Progymnasien, Real-Progymnasien und Realschulen, sowie zahlreiche öffentliche Schullehrer-Seminare und andere öffentliche Lehranstalten (Landwirthschafts-, Industrie- und Handwerks-Schulen). Zum Schluß werden noch einige Privat-Lehranstalten und zwei Lehranstalten im Auslande (das Real-Progymnasium des Deutschen Schulvereins in Brüssel unter Leitung des Dr. Richard Jahnke und die Realschule der deutschen und schweizer Schulgemeinde in Konstantinopel unter Leitung des Dr. Hans Karl Schwatlo) aufgeführt, bei denen Befähigungsnachweise nur auf Grund des Bestehens einer unter Leitung eines Regierungs-Commissars abgehaltenen Entlassungs-Prüfung ausgestellt werden dürfen.

— Der „Vorw." ist ermächtigt, die Mittheilung eines hiesigen parlamentarischen Berichterstatters, daß zwischen Mitgliedern der Mehrheit der Zolltarifcommission und den socialdemokratischen Mitgliedern ein Gedankenaustausch ohne Verbindlichkeit über die Frage der Einführung einer neuen Geschäftsordnung stattgefunden habe, als „von Anfang bis zu Ende unwahr" zu erklären. Daß die Commissionsmehrheit sich angeblich entschlossen habe, vorläufig von einer Abänderung der Geschäftsordnung abzusehen, wurde von dem Berichterstatter mit einer Umstimmung der Socialdemokraten begründet, die in der Commission ihre Reden nicht mehr über die Gebühr hinausziehen und das Mittel der Obstruction erst im Plenum anwenden würden. Auch diese Behauptung wird als erfunden bezeichnet.

— Zu der Rede, die der Landwirthschaftsminister v. Podbielski am 24. Juni in Stolp über die Lage der Landwirthschaft gehalten haben soll, bemerkt die „Kreuz-Ztg.", sie könne kaum annehmen, daß der Minister, der es ja ab und zu liebe, seine Gedanken und Ansichten in, wie man zu sagen pflegt, „sprudelnder Weise" zum Ausdruck zu bringen, eine derartige Rede gehalten habe. Sollte es aber doch der Fall gewesen sein, so könnte sie über die Rede nur ihr Bedauern aussprechen. Auch die „Deutsche Tagesztg." will abwarten, „ob die burschikose Rede wirklich von einem Minister gehalten worden ist". Die Entrüstung dieser beiden Blätter wäre weiter nicht auffallend, bedenklicher muß schon machen, daß auch die zollwirthschaftlich etwa auf dem Boden der Regierungsvorlage stehende „Tgl. Rdsch." schreibt: „Man könnte Herrn v. Podbielski sachlich recht geben — das thäten wir bis zu einem gewissen Grade — und wird doch wünschen müssen, daß diese über die Maßen väterliche Weise bei uns zu Lande nicht zum Redecomment reisender Minister erhoben würde. Wenn ein Postdirector die im Posthofe versammelten Schaffner und Kutscher derart „anspricht", so mag's zur Noth noch hingehen, aber daß ein Minister, den man zu einem Festmahl lädt, also der Geladene, die Gastgeber in so drastischer Weise „Mores lehrt" — davon möchten wir doch lieber nicht, daß es sich bei uns zu Lande einbürgere. Das ist wenigstens unsere Empfindung und darum bleiben wir dabei: die Stolper Rede ist apokryph; so kann Herr v. Podbielski unmöglich gesprochen haben!" Ob alle diese Zweifel wohl echt sind?

— Die Meldung, daß Freiherr v. Wangenheim, der Vorsitzende des Bundes der Landwirthe, mandatsmüde ist, wird von berufenster Seite, nämlich von Freiherrn v. Wangenheim selbst, bestätigt. Auf eine Anfrage der „Stargarder Ztg." an Freiherrn v. Wangenheim, ob er thatsächlich sich nicht wieder um ein Mandat bewerben wolle, hat er geantwortet, daß es allerdings seine Absicht sei, sich nach Ablauf seines Mandats vollständig von der politischen Thätigkeit zurückzuziehen.

— Eine hiesige Correspondenz will wissen, daß der Justizminister einer Reform der Gerichtsferien nicht principiell ablehnend gegenüberstehe.

— Der polnische Adel verläßt Berlin! Eine Schreckenspost vermeldet der „Dziennik Kuj.":

Die polnische Aristokratie in Berlin habe beschlossen, an keinerlei Hoffestlichkeiten mehr Theil zu nehmen und ihre „Winterresidenz" nach Posen zu verlegen. Dies könne lediglich den Fürsten Anton Radziwill betreffen. Wenn man die Stellungnahme des Fürsten im Herrenhause gegenüber der antipolnischen Vorlage, sowie den Umstand in Betracht ziehe, daß der Sohn des Fürsten, Prinz Stanislaus, auf directen Befehl des Kaisers aus dem Officierstande ausgeschlossen worden sei, dann erscheine die Nachricht allerdings nicht unwahrscheinlich. Dieser Entschluß dürfte als eine sehr angenehme Ueberraschung angesehen werden, die in der ganzen Provinz Posen mit lautem Jubel empfangen werden würde.

Irrt der treffliche „Dziennik Kujawski" nicht? Der Herr, der gegen die „antipolnische" Vorlage im Herrenhause sprach, war doch wohl Fürst Ferdinand Radziwill, der die Polen auch im Reichstage führt. Uebrigens wird es wohl in Berlin auch ohne die polnische Aristokratie gehen, und wenn diese durch Boycottirung des kaiserlichen Hofes ihre wirkliche Gesinnung recht klar an den Tag legt, so kann das nur erwünschte Wirkungen haben.

— Das Versagen der Bremsvorrichtungen bei der Einfahrt von Eisenbahnzügen in Stationen hat den sogenannten Bremsausschuß veranlaßt, verschiedene Abänderungsvorschläge zu machen, die sich theils auf die Westinghouse-, theils auf die Luftdruckbremse beziehen; auch eine Aenderung der Nothbremse kommt in Frage. Der preußische Eisenbahnminister hat nun die Direction Berlin beauftragt, baldigst einen Probezug von 75 bis 80 Achsen zusammenzustellen, um zu ermitteln, ob die Vorschläge des Ausschusses rationelle Abhilfe zu schaffen geeignet sind.

— Der deutsche Botschafter in Konstantinopel Staatsminister Frhr. Marschall von Bieberstein ist heute früh aus Hückstetten in Baden in Berlin angekommen.

— Der Kammergerichts-Präsident, Wirkliche Geheime Rath von Drenkmann ist nach Tirol abgereist.

— Der bisher als Hilfsarbeiter im Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten beschäftigte Regierungs- und Geheime Baurath Böttger aus Wiesbaden wurde zum Geheimen Baurath und vortragenden Rath in diesem Ministerium ernannt.

— Der amerikanische Botschafter in Berlin, Andrew D. White, wird sich demnächst mit seiner Familie nach Wyk auf Föhr begeben, um dort in der am See gelegenen Villa Clara seinen diesjährigen Sommeraufenthalt zu verbringen.

* **Cadinen**, 17. Juli. Vom Aufenthalt der Kaiserin in Cadinen wird noch geschrieben: nach der gestrigen Mittagstafel, zu der auch Landrath v. Etzdorf herangezogen war, unternahm die Kaiserin mit ihren sechs Kindern einen Ausflug mit der Dampfpinasse nach Kahlberg. Nach der Rückkehr gingen die beiden ältesten Prinzen, Prinz Eitel Friedrich und Adalbert, auf die Entenjagd.

* **Münster i. W.**, 16. Juli. Der Genossenschaft der „Barmherzigen Brüder" in Montabaur ertheilte der Minister die Erlaubniß zur Errichtung einer Niederlassung in Münster.

△ Aus dem Wahlkreise **St. Goarshausen-Montabaur**. Der Candidat des Bundes der Landwirthe dementirt sich selbst! Jetzt erklärt er wieder, wie nach der „Deutschen Tageszeitung" gemeldet, er nehme die Candidatur doch an, nachdem er wenige Tage zuvor im „amtlichen Blatt für den Unterlahnkreis" ein Schreiben veröffentlichen ließ, er ziehe die Candidatur zurück. Die Verwirrung ist also groß. Aber man wird gut thun, ernstlich mit der bündlerischen Sondercandidatur zu rechnen. Auf den von nationalliberaler Seite im Wahlkreise veranstalteten Versammlungen weichen die Herren vom Bunde etwaigen Auseinandersetzungen sorgsam aus, so auch vorgestern in Braubach, wo der nationalliberale Candidat Krawinkel sprach und gegenüber den Forderungen des Bundes erklärte, so weit wie letzterer könne er unmöglich gehen; denn solche agrarische Forderungen überschritten ein gesundes Maß; es müsse bei vernünftig festgesetzten Zöllen die Möglichkeit bleiben, Handelsverträge abzuschließen. — Auch diese Braubacher Versammlung war sehr zahlreich besucht. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Centrum begründete Besorgniß hegt, diesen früheren Lieber'schen Wahlkreis zu verlieren.

△ Aus dem **Großherzogthum Baden**. Die neuliche Anwesenheit des Abgeordneten Bassermann und die Abhaltung einer nationalliberalen Versammlung in Radolfzell hat die erfreuliche Folge zahlreicher Beitrittserklärungen zum dortigen, eben erst gegründeten nationalliberalen Verein gezeitigt. Bei den nächsten Reichstagswahlen bietet sich Angesichts der wieder lebendig werdenden liberalen Strömung in diesem badischen Wahlkreise alle Aussicht, vom Centrum das Mandat für die Nationalliberalen wieder zurück zu erobern.

-:- Aus **Bayern** schreibt man uns: „Für die im bayerischen Centrum jetzt eingerissene Verworrenheit ist der Widerspruch kennzeichnend, in dem die führenden klerikalen Geister dem Geheimcabinet des Prinzregenten gegenüber sich bewegen. Der Abg. Dr. Schädler hat erst am 15. d. M. in der Kammer das Geheimcabinet als im Gegensatz zum Staatsministerium befindlich auf das heftigste angegriffen; und nachdem Ministerpräsident Graf Crailsheim festgestellt, daß ein Gegensatz zwischen dem Vorstand der Geheimkanzlei und dem Ministerium niemals bestanden, erscholl auf den Bänken des Centrums lautes Gelächter. Im vollem Widerspruche hierzu schreibt das officielle Münchener Centrumsorgan am 17. d. M.: „Daß das Ministerium Crailsheim allen Grund hat, mit diesem Geheimcabinet zufrieden zu sein, glauben wir recht gerne, im Ministerium herrschen ja gerade dieselben Verhältnisse, und auf das Ministerium ist das Geheimcabinet zugeschnitten." — Aerger können sich die führenden Politiker des bayerischen Centrums kaum widersprechen. Einen Fingerzeig aber für den wahren Grund des klerikalen Grolls gegen das Geheimcabinet enthält der Jammer des „Bayer. Couriers" darüber, daß der Chef des Geheimcabinets, Frhr. v. Wiedenmann, Protestant ist. Da des Letzteren Vorgänger, die Herren v. Freyschlag und v. Zoller, katholisch gewesen sind, begreift man leicht, welches Uebermaß von Duldsamkeit auch in diesem klerikalen Jammer bekundet wird!"

* Aus dem Reichstagswahlkreise **Culmbach**. Nachdem für den bevorstehenden Wahlgang eine Einigung der Liberalen und des Bundes der Landwirthe nicht erzielt wurde, tritt nun auch der bayerische Bauernbund mit einem eigenen Candidaten auf den Plan. Es wurde als solcher der Mühlenbesitzer und Bauer Andreas Wölfel in Berndorf in Vorschlag gebracht. (Allgem. Ztg.)

* **München**, 17. Juli. Daß der erkrankte Justizminister v. Leonrod ebenfalls nicht auf seinen Posten zurückkehrt, wird jetzt officiös bestätigt. — Cultusminister v. Landmann soll als Regierungspräsident von Niederbayern in Aussicht genommen sein. Der derzeitige Regierungspräsident von Niederbayern ist schwer leidend.

Oesterreich-Ungarn.

* **Innsbruck**, 17. Juli. Nach Erledigung mehrerer localer Angelegenheiten wurde die Session des Landtages mit Hochrufen auf den Kaiser vertagt.

Frankreich.

Unterdrückung des Mädchenhandels.

* **Paris**, 17. Juli. Bei dem heutigen Empfange der Mitglieder des Congresses zur Unterdrückung des Mädchenhandels bei Loubet richtete der schweizerische Gesandte Lardy Namens der auswärtigen Vertreter eine Ansprache an den Präsidenten Loubet, in der er den Wunsch auf Schaffung einer internationalen Gesetzgebung zur Unterdrückung des Mädchenhandels ausdrückte; derselbe solle nicht mit Geldbuße, sondern mit Kerker- und Gefängnißstrafen bedroht werden. Ferner müsse eine internationale Ueberwachungspolizei ins Leben gerufen werden, welche im Stande ist, mit Geschick den internationalen Kupplern entgegenzutreten. Lardy verbreitete sich sodann besonders über die Präventivmaßregeln und -Mittel, wie den Opfern des Handels zu helfen sei. Die jungen Mädchen, die allein im fremden Lande ständen, seien den Rathschlägen dieser Elenden und der Versuchung ausgesetzt. Präsident Loubet erwiderte, indem er dem Vorredner seiner Fürsorge für die Angelegenheit versicherte: Alle civilisirten Länder müßten in dem jetzigen Stande der Dinge, der selbst die Gleichgiltigen beunruhige, eingreifen. Sollte man denn das, was zum Schutze kleiner Vögel möglich sei, nicht auch in einer Frage thun können, deren sittliche Bedeutung so wesentlich ist?!

* **Divonne les Bains**, 17. Juli. Der Khedive von rücht, Bischof Firmilian sei gewaltsam aus Uesküb

Belgien.

Die Königin.

* **Spaa**, 17. Juli. Die Königin machte heute wieder eine Ausfahrt im Rollstuhle und ertheilte einige kurze Audienzen.

Panarmenischer Congreß.

* **Brüssel**, 17. Juli. Heute wurde hier der panarmenische Congreß unter dem Vorsitz des Senators Houzeau de Lehaie eröffnet. Unter den Anwesenden befanden sich der Staatsminister Lejeune und mehrere belgische und französische Deputirte und Senatoren. Der Vorsitzende hob hervor, daß hervorragende Persönlichkeiten aller Parteien und aus allen Ländern zu dem Congresse gekommen seien. Derselbe habe mehr als 2000 Zustimmungserklärungen erhalten und er, der Vorsitzende, hoffe, daß der Congreß die Regierungen dazu veranlassen werde, sich der unterdrückten Armenier anzunehmen. John Brien drücke in einem Schreiben dieselbe Hoffnung aus. Zu Vicepräsidenten des Congresses werden hierauf ernannt Madame Hunings, Holland, Baszhlewocs, Dänemark, und Pressensé, Frankreich. Sodann hielt der Redacteur der Zeitschrift „Pro Armenia", Quillard, einen Vortrag über die Verbrechen, deren Opfer die Armenier geworden seien. Er schloß: „Es giebt ein wirksames Mittel, um den Bedrückungen ein Ziel zu setzen. Das ist Ernennung eines Gouverneurs, der einer neutralen europäischen Nation angehört und mit Zustimmung der Mächte zu wählen ist, und ferner die Errichtung einer localen nichttürkischen Miliz. Der Sultan allein kann diese Lösung verwirklichen. Er allein ist verantwortlich für das, was geschehen ist. Aber Europa muß es wollen. Es hat keine größere Ursache, einen Krieg zu fürchten, als damals bei den Ereignissen in Kreta. Die Versammlung schritt schließlich zur Bildung von Abtheilungen.

* **Brüssel**, 17. Juli. Der panarmenische Congreß beschloß, eine Commission einzusetzen, zu welcher jede vertretene Nation 5 Delegirte zu entsenden hat. Die Commission soll dem Congreß praktische Vorschläge machen.

Italien.

Vom Campanile.

* **Rom**, 17. Juli. Die „Agenzia Stefani" veröffentlicht folgende Note: Der Unterrichtsminister Nasi hat nach Beendigung der Voruntersuchung über den Einsturz des Glockenthurmes von San Marco in einer Versammlung der Untersuchungscommission und der Behörden seine Entschlüsse mitgetheilt, welche eine Einheitlichkeit in der Leitung zur Freilegung des Markusplatzes von den Trümmern bezwecken, wobei alles verwendbare Material aufbewahrt und Alles gesammelt werden soll, was für die Untersuchungscommission bei der Beurtheilung der Sache von Werth sein könnte. Zu diesem Zweck hat der Minister dem Architekten Boni welcher seit drei Jahren die Ausgrabungen auf dem Forum Romanum leitet, die Oberaufsicht über die Arbeiten übertragen. Derselbe wird Hand in Hand mit der Untersuchungscommission vorgehen und gegebenenfalls Regierungs- und städtische Ingenieure zu Rathe ziehen. Land- und Seesoldaten werden die Säuberungsarbeiten in der Weise besorgen, daß der Markusplatz in wenigen Tagen wieder für den Verkehr freigegeben werden kann. Diese Arbeit wird einerseits dazu dienen, die Nachforschungen der Untersuchungscommission zu ergänzen und andererseits auch den Interessen der Kunstgeschichte Rechnung tragen. Unter den Trümmern fand man viele fast unversehrte Theile der Sculpturen- und Bronzeornamente, welche bei der Errichtung des neuen Glockenthurmes verwendet werden sollen. Dieser wird auf solche Weise nicht nur seine alte Form, sondern auch viel neues Material erhalten, so daß die Wiederherstellung mehr als eine Nachahmung des alten Thurmes sein wird. Der Minister hat die Untersuchungscommission beauftragt, zunächst festzustellen, in welchem Zustande sich die in nächster Nähe des Glockenthurmes befindlichen Kunstdenkmäler befinden. Daran soll sich später eine umfassende und durchgreifende Arbeit zum Schutze aller Kunstdenkmäler Venedigs schließen.

Neue Gefahren.

* **Venedig**, 17. Juli. Die „Agenzia Stefani" theilt mit: Der Unterrichtsminister Nasi hat, nachdem ihm mitgetheilt wurde, daß das Fundament der Basilika Palladiana in Vicenza schwer bedroht sei, den Stadtingenieur von Vicenza nach Venedig berufen und ihn aufgefordert, ihm auf die Basilika bezügliche Berichte, Pläne und Urkunden zu überbringen, um schleunigst Maßnahmen zur Erhaltung des Kunstwerkes zu treffen.

Großbritannien.

General Buller.

* **London**, 17. Juli. (Unterhaus. Ergänzung.) Bei der Berathung über den Heeresetat beantragt Grey (liberal), einen Abstrich an dem Etat vorzunehmen, um damit gegen die Art und Weise zu protestiren, wie General Buller vom Kriegsministerium behandelt worden sei. Redner beklagt sich darüber, daß General Buller durch die Veröffentlichung einzeln ausgesuchter Telegramme in eine schiefe Lage gebracht sei. Alle Papiere, welche für ihn ungünstig seien, seien vom Kriegsministerium veröffentlicht worden, die Documente, deren General Buller zu seiner Vertheidigung bedürfe, aber nicht. Man solle dem General doch gestatten, selber seine Geschichte vor einem unparteiischen Gerichtshofe vorzubringen. General Buller habe in Natal Großes geleistet und seine Ernennung zum Commandanten des ersten Armeecorps in Aldershot sei durchaus gerechtfertigt gewesen. Die Rede, wegen deren General Buller entlassen sei, sei aber kein Grund für eine solche Behandlung. Kriegsminister Brodrick nimmt das Wort zur Entgegnung. Er bedauere, daß der Fall Buller hier zum Gegenstand der Debatte gemacht worden sei. Die Regierung habe sich von keinerlei Vorurtheil gegen General Buller bestimmen lassen, im Gegentheil, sie habe sich sogar zu einer großen Rücksichtnahme auf ihn verleiten lassen. Was das Heliogramm betreffe, in welchem General Buller nach der Schlacht bei Colenso dem General White zur Uebergabe gerathen habe, so müsse er sagen, daß dieses Heliogramm so außergewöhnlicher Art gewesen sei, daß die in Ladysmith Eingeschlossenen geglaubt hätten, die Mittheilung sei ihnen von den Boeren gemacht worden, welche in den Besitz des Chiffrenschlüssels gekommen seien. Weitere Documente könne die Regierung nicht veröffentlichen. Könne denn auch die Veröffentlichung einer beliebigen weiteren Anzahl von Documenten den General Buller von jeder Kritik seiner Führung des Feldzuges befreien oder die Thatsache ändern, daß nach Ansicht aller Militärs der Angriff auf Colenso schlecht geplant und schlecht ausgeführt wurde? (Beifall.) Würde die Veröffentlichung dieser Documente seine Verantwortlichkeit für den Verlust der Geschütze weniger groß erscheinen lassen oder gar die schmerzlichen Gefühle zum Erlöschen bringen, die durch seinen Vorschlag, Ladysmith zu übergeben, hervorgerufen wurden, da eine solche Uebergabe ein Unglück ohne Gleichen in Englands Geschichte gewesen wäre? Keine weitere Veröffentlichung könne ferner die Thatsache entschuldigen, daß am Spionskop ein Fehler nach dem anderen gemacht wurde. Weshalb heliographirte Buller nach dem Tage von Colenso an General White die Frage, wie lange er sich noch halten könne, obwohl er noch wenige Tage vorher von White die Mittheilung erhalten hatte, daß er noch Vorräthe für siebzig Tage habe und sich so lange halten könne? Nach der Schlacht bei Colenso sei General Buller nur aus dem Grunde nicht abberufen worden, weil kein anderer Officier in Südafrika verfügbar war, der ihn hätte ersetzen können. Redner legt dann die Gründe dar, auf die hin General Buller zum Commandanten des Armeecorps in Aldershot ernannt worden sei, und fährt dann fort, Buller's Rede sei ein schwerer Verstoß gegen die militärischen Regeln gewesen und habe einen solchen Mangel an Urtheil gezeigt, daß man seine Fähigkeit für seinen Posten bezweifeln mußte. Es würde ja eine Commission gebildet werden zur Anstellung einer Untersuchung über den Krieg. In dieser Commission könne auch der Fall Buller geprüft werden. Er hoffe aber, daß die Verhandlungen, so weit das Verhalten der Generale in Frage komme, geheim gehalten würden. Er habe den Officieren gesagt, daß auf jeden Versuch, über diese Sache öffentlich zu discutiren, die Strafe der Entlassung folgen würde. Wenn man etwas Anderes gestatten würde, würde die englische Armee der Welt zum Gespött werden. Er (Redner) sei fünfzehn Jahre lang mit Buller befreundet gewesen, und die Pflicht, die er heute hier zu erfüllen habe, sei für ihn sehr hart gewesen. Buller's Mißerfolg sei für ihn persönlich nicht minder schmerzlich gewesen, als für den Staat ein Unglück. Aber persönliche Gefühle hätten ihn nicht veranlassen können, einen Officier im Commando zu belassen, sobald dessen Verbleiben auf seinem Posten für das Land nicht weiter von Vortheil war. — Auf eine Anfrage Grey's verliest der Kriegsminister das Telegramm Buller's an Lord Roberts, in welchem er sagt, der Entsatz von Ladysmith werde 2000 Mann kosten. Lord Roberts erwiderte, Ladysmith müsse um diesen Preis befreit werden. Die Soldaten kennten ihn (Roberts), England liege in ihrer Hand. Er zweifle nicht an ihrem Erfolge. Campbell Bannerman legt dar, man hege im Lande das Gefühl, daß General Buller nicht recht behandelt worden sei. Brodrick habe jetzt selber zugegeben, daß er, während Buller gepriesen und mit Danksagungen bedacht wurde, nur auf die Gelegenheit wartete, sich seiner zu entledigen. Nach längerer lebhafter Debatte, in welcher Lord Hugh Cecil und andere Mitglieder der conservativen Partei das Verhalten des Kriegsministeriums scharf kritisirten, wird der Antrag Grey mit 236 gegen 98 Stimmen abgelehnt.

Militärische Reformen.

* **London**, 17. Juli. (Oberhaus.) Der Lordkanzler verliest einen Brief von Lord Roberts, in welchem dieser für die von dem Hause angenommene Danksagung an die Truppen seinen Dank ausspricht. Lord Monkswell lenkt dann die Aufmerksamkeit des Hauses auf den Bericht, der zur Untersuchung der Frage der Officiers-Ausbildung eingesetzten Commission und beantragt eine Resolution, die Regierung solle möglichst schnell Schritte unternehmen, um den in jenem Berichte enthüllten Zuständen ein Ende zu machen. Der Minister des Aeußeren Lord Lansdowne erklärte sich im Namen der Regierung mit der Resolution einverstanden, bemerkt aber, die Regierung könne sich unmöglich im Einzelnen über die geplanten Schritte auslassen, aber schon lange, bevor es in Sandhurst zu den unliebsamen Vorfällen gekommen sei, habe der Kriegsminister sich dahin schlüssig gemacht, daß radicale Aenderungen im Personal und im ganzen System unvermeidlich seien. Die Resolution wird schließlich angenommen.

* **London**, 17. Juli. Der Vicekönig von Irland, Earl Cadogan, hat seine Entlassung gegeben, die vom König angenommen worden ist.

Rußland.

Abreise des Königs von Italien.

* **Peterhof**, 17. Juli. Seine Majestät der König von Italien ist heute Nachmittag 3 Uhr abgereist. Auf dem festlich geschmückten Bahnhofe hatten sich die Großfürsten, der Minister des Auswärtigen Graf Lamsdorff, Generale und andere hohe Würdenträger versammelt, um das Eintreffen des Kaisers und des Königs von Italien zu erwarten. Unter dem Vorauftritt einer Escorte der Leibwache langten kurz vor der Abfahrt des Hofzuges die Majestäten mit Gefolge an. König Victor Emanuel verabschiedete sich von den Großfürsten, seinen beiden Schwagern und Schwägerinnen und den übrigen Erschienenen, wobei er sich mit dem Großfürsten-Thronfolger, dem Minister des Aeußern Grafen Lamsdorff und dem italienischen Botschafter, Grafen Morra, längere Zeit unterhielt, während Kaiser Nicolaus eingehend mit dem italienischen Minister des Aeußeren Prinetti sprach. Bevor der König von Italien den Zug bestieg, verabschiedeten sich die beiden Souveräne aufs Herzlichste. Nach wiederholter militärischer Begrüßung zwischen den beiden Monarchen winkte der König nochmals aus dem sich langsam in Bewegung setzenden Zuge. Vor der Abreise fand auf dem Balcon des großen Palais Familienfrühstück statt, an dem die beiden Kaiserinnen, die Großherzogin von Oldenburg, die Großherzogin-Wittwe von Mecklenburg, die Herzogin-Wittwe von Coburg, die Großfürsten und Großfürstinnen theilnahmen, außerdem fand für das Gefolge Marschallstafel statt. — Der König von Italien verlieh den Großfürsten Konstantin, Dimitri, Nikolai Nikolajewitsch, Peter Nikolajewitsch und Georg Michailowitsch den Annunziatenorden. Der Hofminister, Baron Fredericks, der Minister des Aeußeren Graf Lamsdorff und der Finanzminister Witte wurden vom König durch Verleihung seines Porträts mit Unterschrift in werthvollem Rahmen ausgezeichnet. Der Eisenbahnminister Fürst Chilkow und der Kriegsminister Kuropatkin erhielten den Großcordon des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens; außerdem verlieh der König zahlreiche andere Auszeichnungen. Kaiser Nicolaus verlieh außer dem Minister Prinetti auch dem italienischen Botschafter Grafen Morra den Alexander-Newski-Orden, dem italienischen Minister des königlichen Hauses Ponzo Vaglio und dem Obercerémonienmeister Gianotti den Weißen Adler-Orden, dem Generaladjutanten Brussati den St. Annenorden erster Classe mit Brillanten und dem Grafen Prinetti, Sekretär des italienischen Ministers des Aeußeren, den Stanislausorden zweiter Classe mit Stern. — Der König überwies vor seiner Abreise dem hiesigen italienischen Wohlthätigkeitsverein tausend Rubel und den Armen Petersburgs 10 000 Rubel.

* **Petersburg**, 17. Juli. Kaiser Nikolaus hat der Großherzogin von Oldenburg das Großkreuz des Katharinenordens verliehen.

Orient.

* **Sofia**, 17. Juli. Hiesige Blätter verzeichnen das Gerücht, Bischof Firmilian sei gewaltsam aus Uesküb entfernt worden. (Wöhlt.)

Asien.

China.

* **Peking**, 17. Juli. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus".) Yuanschikai und das Auswärtige Amt haben beschlossen, die Bedingungen der Zurückgabe Tientsins anzunehmen; sie werden dies dem Gesandten der Mächte am Sonnabend mittheilen, falls nicht die Kaiserin-Wittwe Widerspruch erhebt. Der Beschluß wird die Gesandten überraschen, welche erwartet haben, China würde versuchen, bessere Bedingungen zu erlangen.

Amerika.

* **Indianapolis**, 17. Juli. Der Nationalconvent der vereinigten Grubenarbeiter hat über die Rathsamkeit berathen bezüglich eines Ausstandes der Weichkohlenarbeiter zur Unterstützung der ausständigen Anthracitkohlenarbeiter. An dem Convent haben ungefähr 900 Delegirte theilgenommen. — Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg." hat sich der Verbandspräsident Mitchell gegen den Generalausstand ausgesprochen.

Marine.

* **Kiel**, 17. Juli. Das wegen Krümmerrohrbruches hierher beorderte Linienschiff „Kaiser Wilhelm II." hatte auch auf der Fahrt durch den Nordostsee-Canal Unglück. Beim Passiren der Hochbrücke Levensau des Kaiser Wilhelm-Canals gerieth das Linienschiff in die Brückenconstruction und brach die Stenge des Vordermastes. Das Schiff ist, wie gemeldet, zur Reparatur in die Kaiserwerft gegangen. (W. T.-B.)

⊙ **Petersburg**, 17. Juli. Heute Nachmittag erwiderte der deutsche Botschafter Graf v. Alvensleben den Besuch des Commandanten des deutschen Schulschiffes „Charlotte" und wurde mit den üblichen Ehrenbezeigungen empfangen.

SLUB
Wir führen Wissen.